

Bezugspreis:

Für Juli 2000 M. freibleibend, voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Weimargebiet sowie Österreich und Luxemburg 30.000 M., für das übrige Ausland 35.000 M. Postbestellungen freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einm.

Telegraphen-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierzeile kostet 1000 M. Reklamazeile 25.000 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 2400 M. (außerdem zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1200 M. Stellensuche das erste Wort 1200 M., jedes weitere Wort 800 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zelle 1000 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Geschäftsamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 14. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

## Ehrhardt aus dem Gefängnis entwichen!

Berlin, 13. Juli. (WZB.) Der Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt ist heute aus der Untersuchungshaft in Leipzig entwichen. Zu seiner Wiederergreifung sind vom Oberreichsanwalt alle notwendigen Maßnahmen eingeleitet worden.

Die Flucht des Kapitän Ehrhardt wurde, wie das „Leipziger Tageblatt“ mitteilt, in der sechsten Abendstunde bemerkt. Das Untersuchungsgefängnis wird von einer Anzahl von Schupobeamten bewacht, da man mit der Möglichkeit rechnet, daß der Flüchtling sich noch im Gebäude befindet. Das Dach wies eine schadhafte Stelle auf. Einzelheiten über die Art der Flucht sind jedoch noch nicht bekannt.

Leipzig, 13. Juli. (WZB.) Zu der Flucht des Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt erfahren die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ folgende Einzelheiten: Ehrhardt war in der Gefängniszelle II in der Beethovenstraße untergebracht. Er hatte am heutigen Freitag nachmittag gebeten, wegen der unerträglichen heißen Temperatur kalt baden zu dürfen, was ihm die Anstaltsleitung auch bewilligte. Ein Wärter geleitete ihn aus der Zelle zum Baderaum, wo man Ehrhardt allein ließ. Nachdem geraume Zeit verstrichen war, fragte der Wärter, dem die Badeszeit zu lang vorkam, ob Ehrhardt sein Bad noch nicht beendet habe — erhielt aber keine Antwort. Als man darauf den Baderaum betrat, fand man mit großer Überraschung das Zimmer leer. Ehrhardt war spurlos verschwunden.

Man benachrichtigte sofort das gesamte verfügbare Anstaltspersonal und die Direktion. Alle Ausgänge wurden besetzt und eine Polizeibeamten aus der nahegelegenen Polizeidirektion umstellte in aller Eile den gesamten Gebäudekomplex, der die Gefängniszellen I und II, das Amts- und Landgericht und die Polizeidirektion umfaßt. Dann erfolgte eine gründliche Durchsuchung aller Räume bis in die verstecktesten Winkel, da man zunächst annahm, daß Ehrhardt sich im Gebäude selbst versteckt halte und einen günstigen Zeitpunkt zum Entfliehen abwarten wolle. Vom Keller bis zum Boden blieb kein Fleck ununtersucht. Selbst das Dach wurde einer gründlichen Abfischung unterworfen, doch blieben alle Nachforschungen bisher vergeblich.

Ehrhardts Flucht erscheint um so unerklärlicher, als sowohl die Fenstergitter der in Frage kommenden Räume und Zellen wie die schweren Gittertüren in den Gefängnisgängen und die komplizierten Sicherheitsvorrichtungen der inneren und äußeren Tore völlig unversehrt gefunden wurden. Insofern muß damit gerechnet werden, daß Ehrhardt unter dem Personal der Gefängnisanstalt Helfer gesucht hat. Zweifellos ist die Flucht des Führers der Organisation Consul von langer Hand und mit Sorgfalt vorbereitet worden.

Leipzig, 13. Juli. (WZB.) Zur Flucht Ehrhardts aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis verlautet, daß sie höchst wahrscheinlich durch Helferhilfe von außen her ins Werk gesetzt wurde. Das Untersuchungsgefängnis ist mit dem Landgericht durch einen Gang verbunden, durch den die Gefangenen vorgeführt werden. Dieser Gang ist durch zwei Gittertüren und zwei Haustüren abgeschlossen. Die Gittertüren wurden geöffnet vorgefunden, die Haustüren sind mit Nachschlüsseln geöffnet worden. Die Flucht ging vor sich, als Ehrhardt heute nachmittag nach einem Bad im Erdgeschoss sich in seine Zelle im dritten Stockwerk zurückbegeben sollte. Nach dem Passieren des Ganges wurden die Türen von außen wieder geschlossen und ein Schlüssel außen stecken gelassen, so daß eine Verfolgung aus dem Inneren des Gefängnisses heraus nicht möglich gewesen wäre. Aus dem Amtsgerichtsgefängnis konnte sich der Flüchtling dann ungehindert entfernen.

Als am 30. November v. J. die Nachricht kam, das es gelungen sei, den gefährlichen faschistischen Bandenführer in München zu verhaften, herrschte darob in allen republikanisch gesinnten Kreisen lebhafteste Befriedigung. Für sie war der Kapitän a. D. Ehrhardt nicht nur der Mann, der am 13. März 1920 durch seinen Vormarsch von Döberitz nach Berlin das Reich in fürchterliche Verwirrung gestürzt hatte, sie konnten ihn, den „Consul“, auch als das Haupt der geheimbündlerischen O.C., die mit allen Mitteln der Verschwörung und des Mordes gegen die Republik arbeitete und aus deren Mitte auch die Mörder Rathenaus hervorgegangen waren. Es schien ein großer Gewinn, das Haupt dieser Bande unschädlich gemacht zu haben. Besonders aber auch auf die Arbeiterschaft wirkte es einigermaßen beruhigend, daß die Republik nicht mehr für jede Mordverschwörung vogelfrei schien, sondern zu ihrem Schutz die Mittel der staatlichen Strafgewalt in Bewegung brachte.

Jetzt muß die Flucht des Untersuchungsgefangenen Ehrhardt aus dem Untersuchungsgefängnis in Leipzig die schwerste Beunruhigung herdoorrufen. Denn diese Flucht, die sicher nicht ohne Helfer ausgeführt wurde, ist zunächst ein Beweis für die Schwäche der Staatsgewalt und für die ungebrochene Aktivität der von Ehrhardt geleiteten Geheimorganisationen. Zum anderen aber ist es sehr unwahrscheinlich, daß Ehrhardt nur ausgerissen ist, um dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof, der am 23. d. M. be-

ginnen sollte, zu entgehen und sich selbst in Sicherheit zu bringen. Hatte er doch auch die Zeit von dem Erlaß des Steckbriefs gegen ihn nach dem Rapp-Putsch bis zu seiner Verhaftung — fast drei Jahre später — nicht ungenutzt vorübergehen lassen, sondern von Budapest, Wien und München aus eine fieberhafte putschistische Tätigkeit entfaltet. Es ist also nicht anzunehmen, daß er jetzt aus dem Gefängnis entwichen ist, um sich in irgendeinem schönen Weltwinkel einer beschaulichen Ruhe hinzugeben.

Die Befreiung Ehrhardts ist von den Völkischen in ihrer Presse und in ihren Versammlungen immer wieder stürmisch und unter größtem Beschimpfung des Staatsgerichtshofs gefordert worden. Man kann sich vorstellen, welchen Jubel der gelungene Streich jetzt in ihren Reihen auslösen wird. Ihr Uebermut wird dadurch noch erheblich gesteigert werden. Sie haben dazu um so mehr Grund, als die Haltung der Reichsregierung ihnen gegenüber eher eine Ermütigung als eine Einschüchterung bedeutet hat, und als die Verwaltungsbehörden und Gerichte ihnen gegenüber vielfach versagten. Wir erinnern nur an den Besuch des Bandenführers Kochach beim Reichskanzler Cuno und das jüngste Urteil gegen Tilsen und Genossen, das für eine verurteilte Gefangenenerleichterung die Strafe von einem Monat Gefängnis als ausreichend betrachtete.

Die Situation ist bitter ernst. Man bedenke, was es bedeutet, wenn die zuverlässigen Träger der Republik jeden Glauben daran verlieren, daß sie in ihrem Kampf gegen putschistische Geheimbünde auf die Hilfe der Reichsgewalt zählen dürfen. Die Gefahr einer vollkommenen Auflösung der Staatsgewalt und eines verheerenden Kampfes aller gegen alle wird dadurch in bedrohliche Nähe gerückt.

Die Befreiung Ehrhardts aus dem Gefängnis muß auf die Arbeiterschaft als ein Signal wirken, nicht zu unbedachteten Handeln, aber zur höchsten Bereitschaft. Schlagen die Faschisten eines Tages los, so können bei klugem Vorgehen Kräfte genug mobil gemacht werden, um das neue Unternehmen noch elender zum Scheitern zu bringen als den Rapp-Putsch. Dazu ist aber notwendig, daß sich die Arbeitermassen nicht von kommunistischen Verwirrungsparolen verleiten lassen, sondern im entscheidenden Augenblick eine Konzentration aller republikanischen Kräfte zustande bringen.

In diesem Sinne gibt es, der innerpolitischen Situation, die durch die Flucht Ehrhardts entstanden ist, die schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von den Reichs- und Staatsbehörden aber ist zu verlangen, daß sie vor den äußersten Mitteln nicht zurückschrecken, um das Komplott, das zur Flucht geführt hat, aufzudecken und den Uebermut der Verschwörer zu brechen. Nur so können für Deutschland, Reich und Volk, Folgen vermieden werden, an die man nur mit Grauen denken kann.

### Erst sprengen, dann verraten.

Mainz, 13. Juli. (WZB.) Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß der mit sechs anderen in Mainz zum Tode verurteilte Sasse aus dem Gefängnis ein Gnadengesuch an die französische Regierung gerichtet hat, in dem er sensationelle Enthüllungen über die Geheimorganisationen „Oberland“ und „Hanseatisches Freikorps“ macht. Nach Mitteilung einer französischen Stelle ist in diesem Gesuch eine ganze Reihe führender Persönlichkeiten einer Geheimorganisation mit Namen und genauer Adresse genannt und insbesondere soll genaue Auskunft über die Bildung von Sprengkolonnen in Rannheim und Frankfurt erteilt sein. Sasse gebe an, er sei seit Jahren mit diesen Geheimorganisationen in Verbindung und habe Nachrichten über einen unmitttelbar bevorstehenden Rapp-Putsch in Deutschland. Er sei bereit, wenn das Todesurteil an ihm nicht vollstreckt werde, weitere Enthüllungen über rechtsstehende Geheimorganisationen, insbesondere über die National-Sozialisten zu machen.

### Französische Militärjustiz.

Offen, 13. Juli. (WZB.) In Werden wurde am 12. Juli ein Spionageprozeß gegen den Kranführer Klipper aus Offen verhandelt. Klipper soll es unternommen haben, französische Offiziere und Ingenieure durch Pulver einzuschleusen, um ihnen dann Papiere abzunehmen. Diese Beschuldigung beruht auf Angaben eines deutschen Spions namens Bushmann. Ferner wurde Klipper beschuldigt, daß er sich den Telegraphengeheim Schlüssel der französischen Rohstoffbehörde beschaffen wollte. Das Gericht sprach den Angeklagten im ersten Falle frei, im zweiten Falle erkannte es auf eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren.

Frankfurt a. M., 13. Juli. (WZB.) Zwei Angehörige des 35. algerischen Schützenregiments waren vom französischen Kriegsgericht in Vandau wegen Ermordung des Kaufmanns Runge aus Birmosens zum Tode bzw. zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden. Auf die eingeleitete Berufung hin wurde das Urteil aufgehoben. In der nochmaligen Verhandlung verurteilte das Kriegsgericht beide zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und Degradation.

## Gefahren der Verschleppung.

Das englisch-französische Diplomatenduell.

Wir schätzen die geistigen Fähigkeiten der internationalen Militärsen nicht sonderlich hoch ein, halten sie zu jedem Bildsinn fähig, besonders bei 34 Grad im Schatten, und würden uns über die großartige strategische Operation, deren Schauplatz am gestrigen Vormittag das malerische Wuppertal wurde, nicht übermäßig aufregen, wenn wir nicht darin ein bedenkliches Symptom dafür erblicken müßten, wie wenig Aussicht besteht, daß der Appell Baldwins an die Einsicht Frankreichs in Paris Behör findet. In erster Linie müssen wir natürlich unser Mitgefühl den eigenen Volksgenossen vorbehalten, die im Besten Deutschlands bereits seit einem halben Jahr die schlimmsten Drangsalierungen schuldlos über sich ergehen lassen müssen. Dennoch kann man sich eines gewissen Mitleides zugunsten der armen Teufel in azurblauer Uniform nicht erwehren, die unter glühender Sonne mit Gewehr und voller Marschausrüstung die Wüsten des idiotischen höheren Befehles zu tragen hatten. Uns dünkt, daß die Ruhrbegeisterung der an dieser Karrenpost beteiligten Besatzungstruppen dadurch nicht gerade erhöht wurde, und daß darüber hinaus von heute ab weitere Zehntausende von Franzosen erkennen werden, daß die Politik Poincarés nicht nur unfruchtbar, nicht nur gefährlich, nicht nur abstoßend, sondern außerdem noch im höchsten Grade lächerlich ist.

Erst die heute morgen in London erscheinenden Blätter werden darüber Aufschluß geben, wie die französische „Strafexpedition“ nach Barmen von der englischen öffentlichen Meinung im Zusammenhang mit der Baldwin-Rede aufgenommen worden ist. In früheren Zeiten, als England noch Herr seiner Entschlüsse war, hätte es einen solchen Vorfall als einen Schlag ins Gesicht empfunden, und ein derartiger Schrei der Entrüstung hätte sich im gesamten britischen Weltreich erhoben, daß derjenige fremde Monarch oder Staatsmann, der durch seine Herausforderung diese Empörung veranlaßt haben würde, nicht zu beneiden gewesen wäre. Indes ist das britische Selbstgefühl in den letzten Jahren so vielen harten Proben von französischer Seite ausgelegt gewesen, daß es vielleicht auf eine Herausforderung mehr oder weniger durch Poincaré heute nicht mehr ankommt.

Auch vom deutschen Standpunkt ist es übrigens gar nicht zu wünschen, daß Baldwin sich in seiner reichlich überlegten, am Donnerstag angekündigten großzügigen diplomatischen Aktion durch den Zwischenfall von Barmen beirren lasse. Die „Strafexpedition“ im Wuppertal bildet vielmehr nur eine neue Bestätigung der von ihm ausgesprochenen Ansichten über die Gefährlichkeit der französischen Politik an der Ruhr. Was sich gestern während nur weniger Stunden in Barmen abgespielt hat, kann sich zu jedem Augenblick auf einer Strecke von vielen hundert Kilometern von der Schweizer bis zur holländischen Grenze wiederholen, und der geringste Zwischenfall — der Grenzen glücklicherweise ausgeblieben ist — kann die fürchterlichsten Konsequenzen nach sich ziehen.

Insofern dürfte die englische Regierung und mit ihr fast die gesamte öffentliche Meinung Großbritanniens den gestrigen Vorfall als einen Ansporn zum Fortfahren in der eingeleiteten Aktion erblicken. Die Äußerungen der gestrigen Londoner Presse beweisen, daß mindestens vier Fünftel des englischen Volkes das Vorgehen Baldwins begrüßen. Freilich tadelt die Herrin Poincaré vollständig ergebene „Morning Post“ des Lord Rothemere die in Baldwins Rede gegen Frankreich erhobenen Vorwürfe und bedauert nach wie vor, daß England nicht an Frankreichs Seite ins Ruhrgebiet eingerückt sei. Die sonstigen konservativen Blätter, voran „Times“ und „Daily Telegraph“, loben das Vorgehen des britischen Kabinetts ohne Vorbehalt. Interessant ist, daß der parlamentarische Berichterstatter des letzteren Blattes behauptet, ein kleiner Teil des Kabinetts hätte gewünscht, daß die Erklärung in einem „sympathischeren Ton“ gegenüber Frankreich gehalten werden möge. Das wird wohl die Anschauung der unbelehrbaren Franzosenfreunde in der Regierung, des Kriegsministers Lord Derby, des Postministers Johnson-Hicks und des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Mac Neill, gewesen sein. Tatsächlich ist an der Erklärung bis kurz vor ihrer Verlesung in beiden Parlamenten ununterbrochen herumgearbeitet worden, und es scheint ein Erfolg dieser Poincaré-freundlichen Minderheit zu sein, daß die zunächst beabsichtigte Ankündigung einer Weltwirtschaftskonferenz schließlich ausgeblieben ist. Andererseits wird von dem „Daily Chronicle“, der bekanntlich die Ansichten von Lord George widerspiegelt, Baldwins Erklärung sehr scharf kritisiert, weil dieses allzu vorsichtige Vorgehen Baldwins lediglich Poincaré die Möglichkeit gebe, die Sache um einige Monate weiter zu verschleppen.

Das ist allerdings die große Gefahr, die auch das Organ der Arbeiterpartei, der „Daily Herald“, erblickt. Indessen läßt sich aus der Zustimmung der liberalen Blätter, wie „Daily News“ und „Westminster Gazette“, schließen, daß Baldwin den Führern der Opposition die Versicherung abgegeben hat, daß er bei aller Freundlichkeit des Tones gegenüber Frankreich in der Sache nicht nachzugeben gedenke.

Die Frage ist nun: Wird es Frankreich gelingen, unter allen möglichen Vorwänden und mit Hilfe der üblichen bel-



gischen „Vermittlungsaktionen“ England ebenso zu narren, wie bei der soeben gecheiterten Beantwortung des Fragebogens? Englands Trumpf scheint diesmal in der uneingeschränkten Zustimmung der italienischen Regierung zu liegen. Falls Voincaré mit seiner Stellungnahme zu dem englischen Entwurf eine Antwort auf das deutsche Angebot allzu lange auf sich warten läßt, dann wird eben eine gemeinsame englisch-italienische Antwort erfolgen, und es ist dann sehr fraglich, ob die Belgier auch in dieser neuen zugespitzten Phase glänzender Hofierung den Franzosen Gefolgschaft leisten werden.

Eine kurze Meldung der offiziellen belgischen Telegraphenagentur berichtet übrigens bei aller Vorsicht der Stillierung schon auf eine solche Vermittlerstätigkeit des Brüsseler Kabinetts zwischen London und Paris vor. Sie lautet:

Belgische Regierungskreise erklären, wenn man auch den Wortlaut der Rede Baldwin abwarten müsse, so könne man doch schon sagen, daß die von Baldwin ausgesprochenen Gedanken eine Entspannung bedeuten und die Annahme gestatten, daß die diplomatischen Besprechungen unter den Alliierten, weit davon entfernt aufzuhören, mit erhöhter Intensität fortgesetzt werden.

Indessen sind die Kommentare des offiziellen Pariser „Temps“ zur Baldwin-Rede dermaßen scharf ablehnend, daß man selbst bei der größten „Intensität“ solcher diplomatischen Besprechungen nur geringe Hoffnung auf ihren Erfolg hegen kann. Die Schlusswendungen des „Temps-Artikels, den wir im Auszug der Agentur „Est Europe“ nachstehend wiedergeben, klingen beinahe so, als wollte die französische Regierung Deutschland vor der englischen Aktion warnen! Diese Lüne sind nicht neu, aber in der gegenwärtigen Situation sind sie mehr als nait. Ueber die traditionellen Beweggründe der englischen Politik sind wir auch ohne die freundlichen Belehrungen des „Temps“ durchaus im Bilde. Aber wir sind es mindestens ebenso sehr in bezug auf die Motive und auf die Ziele der französischen Politik. Und da England heutzutage die einzige Macht auf der Welt ist, die imstande ist, die großwahnwitzigen Imperialisten im Zaume zu halten, die mindestens bis zu den nächsten Wahlen Frankreichs Politik leiten werden, so wollen wir getrost die Gefahren in Kauf nehmen, die uns von England drohen könnten, wenn wir uns einmal erholt hätten. Diese Gefahren liegen jedenfalls noch in recht weiter Ferne. Die Zertrümmerung Deutschlands dagegen, das allgemeine Chaos, steht uns als Folge der französischen Politik unmittelbar bevor. Die Mahnung des „Temps“ klingt ungefähr so, wie wenn man einem Todkranken vor der rettenden Operation mit den Worten warnen wollte: „Dah dich ja nicht mit diesem Chirurgen ein, denn wenn du aus der Kartose erwachst, ist das ein schreckliches Gefühl!“

### Die „Aufbaupolitik“ des Temps!

Paris, 13. Juli. (E.E.) Der „Temps“ schreibt zu der gestrigen Erklärung Stanley Baldwin, daß sie in Frankreich große Enttäuschung hervorgerufen habe. Europa habe von England eine Lösung der augenblicklichen Lage erwartet. Statt dessen habe England nur den deutschen passiven Widerstand ermutigt. Durch die in der gestrigen Erklärung an der Ruhrpolitik Frankreichs geübte Kritik würden nur die deutschen Leidenschaften neu aufgeschürt werden.

Wichtiger sei jedoch, daß Deutschland wieder Waren in großen Mengen ausführe, weil nur dadurch seine Gesundung ermöglicht werden könne. Im Jahre 1921 sei es ober Stanley Baldwin gewesen, der im englischen Parlament den Antrag eingebracht habe, durch Gesetzesbeschluß alle Waren aus Ursprungsändern mit entwerteter Wälua mit besonders hohen Zöllen zu belegen. Was Baldwin sonst noch von der Frage der Reparationen, der interalliierten Schulden und der Sicherheiten gesagt habe, sei nicht mehr als eine Kapitelüberschrift gewesen. Wenn Baldwin glaube, das Problem der interalliierten Schulden in dem Sinne lösbar zu machen, wie dies Bonar Law auf der Pariser Januar-Konferenz vorgeschlagen habe, so müsse man ihn daran

innern, daß dieser Vorschlag damals von allen Alliierten abgelehnt sei.

Die Sicherheit Europas könne nur durch die endgültige Lösung des Reparationsproblems garantiert werden. Spreche man aber jetzt bereits von der Entmilitarisierung gewisser Gebiete und der Verminderung der Rüstungen, so mache man damit dieses Problem erst recht nicht spruchreif. Die gestrigen Erklärungen Baldwin hätten in der Hauptsache den Zweck gehabt, die ganze Welt gegen die französische Regierung aufzubringen. Wenn aber erst Deutschland wirklich emporgelassen sei, so werde sich England wieder gegen Deutschland wenden, wie es dies seit den Zeiten Kaiser Wilhelms immer getan habe. Englands Absicht sei niemals eine andere gewesen, als Europa in zwei Lagern getrennt zu halten. Einer solchen Aufbaupolitik müsse die französische Aufbaupolitik (!) gegenübergestellt werden, durch die die wirtschaftliche Ruhe (!) wieder hergestellt werden könne.

### Ruhr-Echo in Wien.

Wien, 13. Juli. (W.B.) Im Nationalrat wurde das Handelsabkommen mit Frankreich erledigt. Dr. Ellenbogen (Soz.) unterzog hierbei die französische Ruhrpolitik einer scharfen Kritik.

### Ein Hilferuf nach Brüssel.

Duisburg, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Partei Duisburgs hat an die sozialistische Kammeraktion in Brüssel folgendes Telegramm gerichtet: Die Not der arbeitenden Bevölkerung im hiesigen Bezirk ist aufs äußerste gestiegen. Verzweiflungsausbrüche schlimmster Art sind zu erwarten, wenn unerhörte Bedrückungen, die schlimmer sind wie im Krieg, andauern. Wir richten die dringende Bitte an Euch und alle Sozialisten, allen Einfluß auszuüben, damit unerträgliche Leiden der schuldlosen Bevölkerung beendet werden. Helft, bevor es zu spät ist!

Brüssel, 13. Juli. (Belgische Telegraphen-Agentur.) In Duisburg sind die belgischen Truppen durch französische ersetzt worden.

### Die organisierte Qual.

Essen, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Ortsverbände der freien, christlichen und Hirsch-Vanderversen Gewerkschaften in Duisburg haben an den kommandierenden General der belgischen Besatzungstruppen folgendes Schreiben gerichtet:

„Da die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft auf die Eingabe vom 3. Juli immer noch nicht im Besitze einer Antwort sind, erlauben wir uns erneut an Sie mit der Bitte heranzutreten, die durch die von Ihnen erlassenen Verordnungen hervorgerufenen unbefehrbaren Leiden der arbeitenden Bevölkerung abzuschaffen. Durch die Beschränkung des Verkehrs haben Tausende von Arbeitern und Angestellten bei der großen Hitze große Wegstrecken zu laufen. Ohnmachtsanfälle, Hitzschläge usw. kommen häufig vor. Ebenfalls entsteht diesen Personen ein ungeheurer Lohnerlust. Ferner wirkt

### das befohlene Schließen der Fenster

während der Sperrzeit bei der gegenwärtigen Temperatur geradezu verheerend. Sehr viele Kinder, alle Leute und die Arbeiterschaft im allgemeinen werden krank, weil ihnen die frische Luftzufuhr völlig abgeschnitten ist. Wo Personen aus Verzweiflung dennoch wagten, die Fenster zu öffnen, schrien sie sich der Gefahr aus, erschossen zu werden. Die Nachtschlaflose sind gezwungen, die Fenster zu schließen, am Tage ist eine Desinfektion der Fenster wegen der großen Hitze unmöglich. So sind die schwer arbeitenden Leute von jeder frischen Luftzufuhr abgeschnitten.

Wir richten ferner an Sie, Herr General, die Bitte, sofort zu veranlassen, daß von den Soldaten auf den Hasenbrücken die Vorschriften eingehalten werden. Es ist unmenschlich, wenn junge Soldaten alle ergraute Personen Lappalien wegen mit Kolbenstößen bearbeiten. Eine der fürchterlichsten Erscheinungen ist

### das Schicksal der werdenden Mütter.

Viele Frauen, die ihrer schweren Stunde entgegensehen, fühlen mit Schrecken, daß sie sterben müssen, weil die Geburtshilfe nachts nicht erreicht werden kann. Viele Frauen haben ohne Geburtshilfe entbunden und liegen jetzt schwer krank darnieder. Welter geben wir zu bedenken, daß bei der ungeheuren Wohnungsnot, mit hervorgerufen durch die Verjahung, oft 8 bis 10 Personen in einem kleinen Dachzimmer ohne Licht und Luft von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr in fürchterlicher Hitze verbringen müssen. Es entspricht nicht den Grundsätzen des Rechts, daß jemand bestraft wird, bevor der Beweis der Schuld erbracht worden ist. Millionen der arbeitenden Menschen erleiden unschuldig fürchterliche Qualen, die in der Geschichte noch nicht zu verzeichnen sind. Diese Behandlung erzeugt eine Atmosphäre in der Bevölkerung, die verhängnisvoll wirken muß.

Herr General! Als Vertreter der Arbeiterschaft halten wir uns für verpflichtet, Sie auf diese Zustände aufmerksam zu machen, ehe es zu spät ist, und der Haß der Völker jede Verständigung unmöglich macht.“

### Der Vorwand der Strafexpedition.

Eberfeld, 13. Juli. (W.B.) Die Befehung Barmens galt in erster Linie dem Rathaus. Als Grund für die Befehung wurde angegeben, daß vor einigen Tagen französische Soldaten und Zollbeamte, die versehentlich die Grenze des besetzten Gebietes bei Hermsdorf überschritten hätten, von Schupo mißhandelt und nach Eberfeld gefangen abgeführt worden seien. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. In Wirklichkeit spielte sich der Vorgang folgendermaßen ab: Es hat ein Geplänkel zwischen französischen Soldaten, Zollbeamten und Schmugglern an der Grenze stattgefunden, wobei die Schmuggler einige in ihre Hände gefallene Soldaten mißhandelt haben sollen. In einem Kaufauto zu Hilfe gekehrte Schupobeamte aus Eberfeld befreiten die französischen Soldaten und Zollbeamten aus der Hand der Schmuggler und brachten sie nach Eberfeld in Schutzhaft. Dieser Vorfall wird von dem die Befehungstruppen befehligenden Oberst jetzt so dargestellt, als ob die Schupobeamten die französischen Soldaten und Zollbeamten mißhandelt hätten.

Bei der ganzen Aktion handelt es sich zweifellos vor allem um ein Vorgehen gegen die Reichsbank und das zum Teil in Eberfeld befindliche Personal des Regierungspräsidiums Düsseldorf, dessen Zimmer erbrochen und geraubt wurden.

Im übrigen liegt es auf der Hand, daß auch dieser meiste französische Gewaltakt bezweckt, durch Vorstöße in weiteres deutsches Gebiet die Bevölkerung zu beunruhigen und ihren Widerstand zu brechen.

Münster, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Befehungslage. Bei dem Einfall in Barmen wurden verhaftet: Reichsbankdirektor Grosius, Polizeihauptmann Nachtersheimer und Polizeioberleutnant Johann, außerdem wurden von den Franzosen der Regierungspräsident Grünher und Regierungsdirektor Trappe gefaßt, jedoch nicht angetroffen.

### Der Sanktionszweck erreicht.

Paris, 13. Juli. (W.B.) Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind gestern vormittag aus Dohwinkel 60 Milliarden Mark „beschlagnahmt“ worden, die angeblich von Privatpersonen in Berlin an eine Adresse in Köln geschickt worden sind. Die Summe sei konfisziert worden, weil sie nicht deklariert gewesen sei.

In Bochum wurde am 10. Juli die Reichsbank befehnt, ferner der Bochumer Verein, wo Arbeiter und Angestellte das Werk verlassen. Der Besatzungszustand ist wieder aufgehoben. In Boitrop ist die Straßenperre aufgehoben. In Osterfeld haben die Franzosen bei der Stadtkasse 7 Millionen Mark und im Rathaus zahlreiches Inventar beschlagnahmt, angeblich zur Erlösung der der Stadt auferlegten Kontribution von 100 Millionen Mark anlässlich der Sprengung der Ruhrbrücke. Die „Essener Arbeiterzeitung“ (Soz.) und das kommunistische „Ruhr-Echo“ sind vom 11. bis 14. Juli wegen eines Artikels über Verlängerung der Verkehrsperre verboten. Aus der Aachener Stadtkasse — im allbeliebten Gebiet — holten sich die Belgier 3 Milliarden Papiermark.

### Alpdrücken.

Von Ernst Grau.

Er trug in der Krawatte ein goldfunkelndes Halbkreuz. Er trug in der Tasche sechs Partiel- und Vereins-Mitgliedsbücher, die alle ein Halbkreuz schmückte. Er schaute in keiner jener Versammlungen, wo sich die anderen Halbkreuzer zusammenfanden. Er war an jedem Abend derjenige, der am lautesten brüllte: „Nieder mit Frankreich! Herunter mit der Judenregierung!“ Und edler Kanenstolz wob eine Orlotie um seinen speitigen Schädel, während er begeistert schrie: „Wenn wir erst vor Paris stehen, wenn wir erst aus London einen Trümmerhaufen gemacht haben, dann werden wir diese Judenrepublik, diesen . . . Weiter kam er meist nicht. Der ganze Saal brüllte Beifall und trompette, daß einem vor so viel Mut und Begeisterung Angst und Bange werden konnte. Und wenn sich dann so ein arbeitsloser Kriegsbeschädigter aufs Podium wogte, seinen Armstumpf in die Höhe reckte und etwas von „Nie wieder Krieg“ sprach, dann regnete es Bierseidel und andere Ausdrucksmittel völkischer Debattierkunst, die jede andere Meinung im Keime erstickten. In vorderster Reihe aber stand er und spielte Gift und Galle über diesen vaterlandstosen Gesellen, der nicht wußte, was er der glorreichen Vergangenheit seines Volkes schuldig war.

Eines Nachts, er hatte wenige Stunden vorher gerade wieder so einen „schliefen“ Burschen heruntergekonzelt, hatte er einen merkwürdigen Traum.

„Krieg!“ hallte es durch die Straßen.

„Krieg!“ heulten die Extrablätter.

„Krieg!“ schrien die Menschen einander zu.

Krieg?, dachte er.

Väterlich!

Wer regiert uns denn? Wer sollte denn bei uns einer so großen, befreienden Tat fähig sein! Väterlich!

Er zog die weiße Weste über den lugekrunden Bauch straffer und steuerte auf den roten Maueranschlag zu, den eine ertönte Menschenmenge umlagerte.

Wichtig! Da stand es in Riesenzetteln!

„Deutschland mobilisiert!“

Ein Hurra dem wackeren Präsidenten!

Doch dann las er weiter. Und sein Atem stockte. So, was war denn das? Wie hieß es da in der Mobilisierungsbefehl? Die Mannschaften würden diesmal nicht nach Jahrgängen eingezogen? Ganz entgeistert stand er und las: „Von der bisher üblich gewesenen Rekrutierungsmethode wird Abstand genommen. Um niemand in seinen vaterländischen Gefühlen zu kränken oder sonstige zurückzuführen wird bestimmt, daß sich zuerst künftliche Mitglieder und Anhänger der deutschvölkischen, deutschnationalen und nationalsozialistischen Parteien und Vereinigungen bei den Bezirkskommandos zu melden haben. Diese Maßregel wird ergriffen, um allen

denen, die sich seit Jahren in Wort und Schrift mit ganzem Herzen danach sehnt haben, ihr unterdrücktes Vaterland mit dem Schwerte in der Hand zu befreien, Gelegenheit zu geben, ihren Herzenswunsch auch in die Tat umzusetzen . . .“

Himmelherrgott!

Das hieß ja mit andern Worten: Schlingengraben statt Kriegsgesellschaft, Unterstand statt Klubstempel, Handgranate statt Selbstschuß, also alles umgekehrte Dinge, die man früher den andern so begeistert empfohlen hatte, während man selbst — Er las das Blatt nicht zu Ende. Still schlich er sich davon. In einer menschenleeren Seitenstraße rief er die Halbkreuzer aus der Krawatte und warf sie weit von sich. Zu Hause verbrannte er in feierhafter Eile die halbkreuzgeschmückten Mitgliedsbücher, kaufte sich eine schwarzrotgoldene Fahne und hängte sie zum Fenster hinaus.

In Schwelz gebadet, laut stöhnend erwachte er und war hell froh, daß alles nur ein Traum gewesen.

Natürlich! In Wirklichkeit war das ja auch ganz anders. Da für würde man schon sorgen.

Aber immerhin! Er beschloß, sich zukünftig ein wenig zurückhalten. Vorsicht war noch immer der bessere Teil der Tapferkeit gewesen, und man kann nicht wissen —

Masern-Serum. Im Preussischen Landesgesundheitsamt hat eine Bepfehlung von Fachleuten über das Deatwische Masern-Serum stattgefunden. Alle Anwesenden waren darin einer Meinung, daß das Maser-Rekonvaleszenten-Serum einen hohen Wert für die Vorbeugung der Masern, besonders bei den durch diese Krankheit so sehr gefährdeten Kleinkindern unter 4 Jahren besitzt, und daß es sich empfehlen würde, Zentralstellen einzurichten, in denen dieses Serum gesammelt würde und von denen es außer durch Ärzte auch durch Kinderkassen, Säuglings- und Kleinkinderheime bezogen werden könnte. Von der Einrichtung einer staatlichen Zentralstelle glaubten alle Anwesenden abraten zu müssen, doch wurde es als zweckmäßig bezeichnet, daß bei den Gesundheitsämtern und Wohlfahrtsämtern größerer Städte derartige Zentralstellen eingerichtet würden, denen am Ort oder in der Nachbarschaft vorhandene Krankenhäuser das Serum liefern könnten und von denen aus der benachbarte Bezirk versorgt werden könnte.

England als Beschützer des Opiumbaues. Im Juni ging die fünfte Tagung der Internationalen Opiumkommission in Genf zu Ende, und die amtlichen Mitteilungen erwarben den Schein, als ob eine Verständigung über die Einschränkung der Opiumerzeugung erreicht worden wäre. Dies ist aber nicht zutreffend; es ergab sich eine hoffnungslose Spaltung innerhalb der Kommission. Der amerikanische Delegierte vertrat den einzig richtigen Standpunkt: Die Einschränkung des Opiumhandels und -schmuggels kann nur erreicht werden, wenn gleichzeitig der Anbau von Opium auf die medizinischen Bedürfnisse eingeschränkt wird. Die Stellungnahme des amerikanischen Dele-

gierten war durch die ungeheuren Verwüstungen, welche der Opiumgenuß in den Vereinigten Staaten angerichtet hat, begründet. Ueber zwei Millionen Menschen sind dort dem Opiumgenuß erbeben, wovon 50 Proz. Augenblinde unter 20 Jahren sind. Der Opiumverbrauch der Vereinigten Staaten auf den Kopf der Bevölkerung ist enorm groß, das Opium wird von Japan über Ostindien eingeschmuggelt, und zwar in Form von Morphinpräparaten. Das Morfin wird aus Opium hergestellt und ist viel gefährlicher als Opium. Es wird in englischen und japanischen Fabriken hergestellt. Englands Delegierter beharrte auf der Verbotung Indiens zum Opiumbau, welches Land seit der Abschaffung der Opiumproduktion in China das Opium für die ganze Welt liefert. 1200 Tonnen im Jahr werden dort erzeugt, wovon 741 Tonnen ausgeführt werden. Für medizinische Zwecke wären einige zehn Tonnen reichlich genug. Die mit Opium bebaute Bodenfläche in Indien betrug 1920 163 123 Acres; 20 000 Acres mehr als 1913/14, und die indische Regierung gewährt den Opiumproduzenten zinsfreie Darlehen. Die englische Regierung hat sich zwar der Hoager Opiumkonvention von 1911 angeschlossen, sabotiert aber die Durchführung der dort getroffenen Beschlüsse. Gelegentlich der Juni-tagung der Internationalen Opiumkommission hat man eine Resolution angenommen, wonach in den asiatischen Besitztungen der europäischen Mächte der Verkauf von Rauch- und Kaupium zum strikten Regierungsmonopol gemacht werden sollte.

Zu diesem standstilligen Beschluß bemerkt ein Schweizer Blatt sehr zutreffend, man solle sich vergleichsweise einen Kongreß zur Bekämpfung des Mädchenhandels vorstellen, bei dem beschloffen würde, daß der Staat das Monopol ausüben soll, wobei zu betreiben.

Statistisches vom amerikanischen Film. Die neueste Statistik der amerikanischen Filmindustrie gibt an, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig 14 000 Kinos besitzen, die 8 Millionen Plätze umfassen. Mehr als 10 Millionen besuchen alljährlich die Vorführungen. Die Statistik fügt hinzu, daß die Einnahmen trotz dieser Riesenziffern geringer sind als in den Jahren 1918 bis 1920, weil die Kosten der Filmtheater in viel höherem Maße gestiegen sind, als die Preise heraufgesetzt werden konnten. Eine Neuheit, durch die man die Filmaufführungen abwechslungsreicher zu gestalten sucht, ist eine Verbindung von Theater und Film. Es werden nämlich jetzt einige Filme hergestellt, bei denen die Filmaufführung plötzlich unterbrochen wird und dann eine Theaterzene folgt, die von den Filmschauspielern wirklich dargestellt wird. Dieser Versuch hat einen außerordentlichen Erfolg gehabt.

Die Tiere beim Vulkanausbruch. Der jüngste Ausbruch des Ketna und die ihn begleitenden Erdstöße haben bei der dortigen Tierwelt bemerkenswerte Erscheinungen ausgelöst. Wie holländische Bätter zu erzählen wissen, scheinen die Hunde die heranziehende Katastrophe am ersten vorhergesehen zu haben; denn schon zwei Tage vor dem Ausbruch zeigten sie, während sie ununterbrochen bellten, alle Anzeichen der Erregung und der Unruhe. Was die Katzen anbetrifft, so begannen sie im Augenblick der ersten, dem Ausbruch vorangehenden Erdschütterung lässlich zu miauen und warfen sich ihrem Herrn, ja selbst dem Erstenbesten, dem sie begegneten, vor



## Gewerkschaften gegen Lostrennungspostel.

Essen, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In einem Aufruf der freien Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen heißt es: Unter großen Versprechungen werden Arbeiter und Angestellte für die Bestrebungen der Sonderbündler zu gewinnen gesucht. Alle diese Lockungen wurden mit einem klaren und unzweideutigen Nein beantwortet. Diese Stellungnahme wurde von einer Konferenz von Gewerkschaftsvertretern am 10. Juli erneut bestätigt. Die Bestrebungen der Rheinlandbündler beschränken sich in letzter Zeit nicht nur auf das linksrheinische Gebiet, sondern auch auf das Industriegebiet. Demgegenüber erklärt die Konferenz, daß nach wie vor die Gewerkschaften jegliche Sonderbestrebungen mit aller Kraft abwehren werden. Alle Hoffnungen auf stillschweigende oder positive Mithilfe der Gewerkschaftsmitglieder zur Durchführung derartiger Pläne sind trügerisch. Eine Million freigelegter Arbeiter organisierter Arbeiter in Rheinland und Westfalen rufen mit aller Entschiedenheit weit von diesen Leuten und ihren Plänen ab und werden

alles tun, um die Durchführung der Pläne zu verhindern. Die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft ist geschult genug, um zu erkennen, daß die Abtrennung in irgendeiner Form ihr die größten Schädigungen bringen würde. Die Lösung der rheinisch-westfälischen Arbeiterbewegung von Deutschland würde nicht ihre Stützkräfte bedeutend vermindern, was um so größere Folgen haben würde, da sich der französische Kapitalismus auf die größte Militärmacht der Welt stützt. Aber auch alle sozialen Ertragsgewinne würden ein schnelles Ende erreichen. Die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft, die die Fesseln des deutschen Militarismus abgestreift hat, würde erneut

in die Fesseln eines fremden Militarismus zurückfallen, wenn sie den Bestrebungen irgendeiner Art Vorschub leisten würde. Deshalb fort mit jeder Sonderbündelerei, jetzt und für die Zukunft! Die Interessen der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft werden am besten gewahrt durch den Ausbau der deutschen Republik in freibürgerlichem Sinne und die damit verbundene Demokratisierung der Verwaltung.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund.

## Heberrnorgnen Verkehrsfreiheit mit dem unbesetzten Gebiet.

Berlin, 13. Juli. (M.B.) Der Delegierte der Interalliierten Rheinlandkommission teilt mit, daß die allgemeine Verkehrssperre zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet um Witternacht zwischen dem 15. und 16. Juli endgültig aufgehoben wird. Neue Passierscheine können ausgestellt werden.

## Privatsanktion in Mannheim.

Mannheim, 13. Juli. (M.B.) Zwei französische Soldaten überschritten in der Nacht zum 13. Juli die Grenze des Mannheimer Hofengebietes und trieben sich in einigen Straßen umher. Zahlreiche Passanten wurden von ihnen unter Vorhaltung des Revolvers ausgeraubt. Ein Zivilist wurde durch Faustschläge am Kopf verletzt, ihm außerdem Kragen und Hemd zerrissen.

## Der bayerische Staatspräsident kommt.

### Vorbereitende Verfassungsänderung beantragt.

München, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Gesetzesentwurf zur Abänderung der Verfassungsbestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheidung ist dem Landtage zugegangen — trotz der ungewissen außenpolitischen Lage gerade jetzt. Der Zweck ist: Schaffung eines Staatspräsidenten als Vizepräsident des erkrankten Monarchen. Dies bedeutet eine Verfassungsänderung, für die zwei Drittel der Abgeordneten stimmen müssen, eine Zahl, die nach den gemachten Erfahrungen unmöglich zu erreichen ist. Darum wollen sich die Bayerische Volkspartei und die anderen Königsmacher an das Volk wenden. Nach den bisherigen Verfassungsbestimmungen über das Referendum wäre ein erfolgreicher Ausfall der Volksabstimmung in der Staatspräsidentenfrage sehr zweifelhaft. Darum soll statt dem bisher für eine Verfassungsinitiative verlangten Fünftel der Stimmberechtigten (in Bayern gleich 800 000) für die Zukunft nur ein Zwanzigstel (200 000) genügen, und zwar für alle Fälle des Volksbegehrens. Für die Volksentscheidung in Verfassungsfragen müssen nach wie vor zwei Drittel der Stimmberechtigten (1,6 Millionen) abstimmen, aber es müssen — und das ist die Bedingung für den Staatspräsidenten! — nicht mehr wie bisher zwei Drittel für den Antrag

die Fische, als wenn sie keine Hilfe verfehlen wollten. Man sah u. a. eine Rahnenmutter, die in fliegender Eile ihre eben geborenen Kleinen aus dem Korb trug und ängstlich nach einem sicheren Versteck Ausschau. Andere Haustiere schienen wie vom Schlege gerührt und verfielen in einen vollständig lethargischen Zustand. Auch die Vögel in Hain und Flur hatten schon zwei Tage vor dem Ausbruch aufgehört zu singen. Die Hasen, die kein so feines Gefühl wie die anderen zu haben schienen, verließen erst im Augenblick der Katastrophe ihr Lager und sammelten sich am Rande der Straße, unbesümmert um die zahlreichen Bewohner, die in hastender Eile vor dem ihre Wohnungen bedrohenden Lavaström flüchteten.

Die harmlosen Deutschhölischen und die heimtückischen Dichter. Im Briefkasten des Kunzischen „Deutschen Wochenblatts“ vom 6. Heueris (Juli) lesen wir folgendes:

E. W. Berlin. Wir danken bewegt für das dem Wochenblatt zur Verfügung überlassene Gedicht und drücken es als ab als Dank für die unserm verehrten Führer entgegengebrachte Liebe.

**Heil Kunze!**  
Du Juden verleumdest, von Nazis geschmäht,  
Lügst du nicht loder, wacker Held.  
Kämpfst gegen eine ganze Welt  
Schamloser Lüge früh und spät.  
Bis Oberschlesien dringst du vor,  
Ein Held in tausendfältiger Schlacht.  
Trägst Kampfesmut in dunklen Schacht.  
„Recht, Freiheit!“ hall's an Judas Ohr.  
„Aeb', Deutscher,“ mahnst du, „Redlichkeit!  
Geh deinen arden klaren Pfad!“  
Ein ganzer Mann! Zur Tat, zur Tat  
Rufft du uns auf in schwerer Zeit.  
Kämpf' weiter, Richard, kämpfe fort  
Und achte nicht der Juden Groll!  
Zum Siege führ' uns Zoll um Zoll.  
Es lebe Kunze, Deutschlands Hort!

Die „berechtigten Führer“ unserer Deutschhölischen täten gut, den poetischen Huldigungen, die man ihnen spendet, stets mit äußerstem Mißtrauen zu begegnen. Es ist in den meisten Fällen nicht wahr-scheinlich, daß sie ernst gemeint sind, und unter den Büßenswegen der Woche lauert zuweilen die Schlange giftiger Verbotsentente. Wenn man die Anfangsbuchstaben der einzelnen Zeilen der Brief-kostenhülle von oben nach unten liest, so ergeben sie zwei Worte, die nichts weniger als eine Verherrlichung des „Helden in tausend-fältiger Schlacht“ bedeuten. Unser aufrichtiges Beileid, Herr Kunze!

Große Berliner Kunstausstellung. Die Rotgemeinschaft für deutsche Kunst kaufte auf der Ausstellung das Gemälde „Geherr- von Danz Vainchet“.

Siegfried Wagner wird zu Anfang nächsten Jahres gegen Bedingung der Reise und Aufenthaltswahl in allen Städten der Vereinigten Staaten, die über ein händiges Einsonicorchester verfügen, Konzerte dirigieren. Deren Reineinnahme zugunsten der bayrischen Festspiele dem Wagnerfestspielfonds zuzuführen werden.

stimmen, sondern es entscheidet einfach die Mehrheit der ab-gegebenen gültigen Stimmen. Diese von den Monarchisten verlangte Änderung des § 10 der Verfassung wird trotz der Opposition der sozialdemokratischen Partei aller Voraussicht nach die parlamen-tarische notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten, da sich die Demokraten (I) und der Bauernbund schon vor Jahren, als die Staatspräsidentenfrage noch nicht akut war, in dieser Richtung ge-bunden haben. Der Landtag wird noch in diesem Monat die Vorlage erledigen.

## Hilfer-Schwalbengesch.

München, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Hilfer-Deute gehen nun auch an die Gründung einer eigenen Kavallerie-Abteilung, nachdem sie schon Flieger, Kraftfahrer und andere eingerichtet haben. Der zu diesem Zweck erlassene öffentliche Aufruf ist unterzeichnet von einem Herrn Siegfried, Führer des Kavalleriezuges.

## Das billige Ministerbier.

München, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In einer Reihe von Artikeln im „Völkischen Beobachter“ werden dem bayerischen Finanzminister schwere Vorwürfe wegen der angeblich unsfähigen Leitung des staatlichen Hofbräuhauses gemacht. Heute wird ihm u. a. vorgeworfen, daß der Minister durch den Direktor he-deutend verbilligtes Flaschenbier zugefahren erhalte. Der Minister, der auf die Angriffe geschwiegen hatte, gab heute im Landtag bekannt, daß der Direktor des Hofbräuhauses ein Mißstärkerfahren gegen sich beantragt habe. Weiter erklärte der Minister, daß er nach altem Brauch, wie jeder Beamte und An-gestellte des Hofbräuhauses, verbilligtes Bier aus dem Hofbräu-haus beziehe, wogegen wohl niemand etwas einzuwenden habe.

## Parlamentarische Nachsicht in Dresden.

Dresden, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der sächsische Landtag hat in einer Nachsichtung am Donnerstag zum Freilieg wichtige Gesetze angenommen. Die Gewerbe- und Grund-steuer wurde der fortschreitenden Geldentwertung angepaßt; beide Steuern erhöhen sich in Zukunft automatisch, die Gewerbesteuer ent-sprechend dem Goldmarkenpreis der Reichsbank, die Grundsteuer ent-sprechend dem Störigen des Roggenpreises. Damit hat Sachsen auch den anderen deutschen Ländern einen Weg gewiesen, wie sie der wachsenden Entwertung der Steuern und damit dem Finanzelend einen Damm entgegensetzen können. (Bisher hat nur Anhalt eine Grundsteuer nach dem Roggenpreis eingeführt.) Die neue Ge-meindeordnung, die ebenfalls in dritter Lesung angenommen wurde, legt die entscheidende Gewalt in den Gemeinden in die Hände der gewählten Vertreter. Die Beamten sind in Zukunft nur aus-führende Organe. In größeren Gemeinden bleibt allerdings die Wäg-schlichter, neben der Gemeindeverwaltung als ausführende Organ ein kollegial gebildeten Gemeinderat (in größeren Städten Stadtrat) zu schaffen. Der Gemeinderat hat aber nur die Befehle der Stadt-verordneten vorzubereiten und auszuführen. — In zweiter und dritter Lesung wurde ferner das Gesetz über die Pflichten der Beamten und über die Änderung des Dienststrafrechts angenommen. Dieses Gesetz soll die Demokratisierung der Verwaltung erleichtern und vor allem auch ermöglichen, die leitenden Stellen der Verwaltung mit zu-verlässigen Republikanern und Sozialdemokraten zu besetzen.

In der Rede des Ministerpräsidenten Feigler, die wir im Abend-blatt wiedergeben, ist durch Wegfall eines Satzteils eine Sinn-änderung vorgekommen. Der Ministerpräsident sagte u. a.: „Nicht-schnur für die sächsische Regierung wird sein: unbedingte Einhaltung der Reichs- und Landesverfassung, aber nicht der Reichsver-fassung, wie Sie (nach rechts) sie auslegen.“ Die gesperrt gedruckte Einschaltung steht in unserer Wiedergabe. Dadurch hatte der ganze Satz natürlich jeden Sinn verloren. Mit der Einschaltung ist er dagegen für jeden verständlich.

## Die Forderungen der freien Berufe.

Am Freitag beschäftigte sich der wirtschaftspolitische und finanz-politische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates mit den Forderungen und Vorschlägen der freien Berufe zur Besserung ihrer wirt-schaftlichen Lage. U. a. machten sich die beiden Ausschüsse in ihrer gemeinsamen Sitzung folgende Vorschläge zu eigen:

Die für die freien Berufe geschaffenen wirtschaftlichen Verbände im Reich oder in den Ländern sind vom Staat anzuerkennen. Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer ist ein Teil des Berufseinkommens bis zu einer gesetzlich festgelegten Höhe für die Angehörigen der freien Berufe freizulassen, sofern das Gesamteinkommen eine vom Gesetz festzulegende Höhe nicht übersteigt; unter der gleichen Voraussetzung sind sie von der Umfah-steuer zu befreien. Für die Schriftsteller, Komponisten und Künst-ler soll eine Reform des Urheber- und Verlagsrechts einen stärkeren Schutz bringen. Besondere Erleichterungen, so Er-mäßigung der Fernsprechgebühren, werden für Ärzte und Zahnärzte gefordert. Für Rechtsanwältinnen lautet die Forderung auf Aufhebung der ihr Koalitionsrecht einschränkenden Bestimmungen und für bildende Künstler auch einen besonderen Meister-Mieterschutz.

## Der Budapest Serkerstreik beendet.

Budapest, 13. Juli. (Ungarisches Corr.-Bureau.) Der Streik der Zeitungsetzer wegen des Verbotes der sozialdemokratischen „Nepzava“ ist beigelegt. Abg. Szabo verlas in der Nationalversammlung im Namen der sozialdemokratischen Partei eine Erklärung, wonach nicht die Absicht bestand, terroristische Mittel in Anspruch zu nehmen, sondern daß es sich bloß um eine Sympathieunterstützung der Druckarbeiter gehandelt habe, die jedoch auf Verfügung der Parteileitung bereits eingestellt worden sei. Die Partei mißbilligt, daß eine Erklärung des Bolschewisten-führers (?) Böh in der „Nepzava“ erschienen konnte, verurteilt den Bolschewismus aufs schärfste und werde dafür sorgen, daß Inhaft und Lon des Parteiblattes in Zukunft keine derartig erregte Stimmung erwecken, welche zum Ausbruch der Rassenfeindschaften führen könnten. Ministerpräsident Graf Bethlen erwiderte kurz nach dieser offiziellen Erklärung der sozialistischen Partei könne die Regierung ohne Einbuße ihres Ansehens die energischen Maß-nahmen rückgängig machen und wolle dieses Mal noch ihre Verfügung zurückziehen. Infolge dieser Erklärungen werden die Budapestser Tageszeitungen von morgen früh ab wieder er-scheinen.

Der Kommunistenführer August Bassek wurde auf Grund eines deutschen Haftbefehls nach Essen ins Gefängnis gebracht. Die Ver-höpfung hat in den kommunistischen Hundertthausen lebhafteste Erregung hervorgerufen; nach der „Köln. Zig.“ dürfte sie das Signal zu neuen Unruhen geben.

Kroffins Nachfolger als russischer Handelsvertreter in London wird Rakowski, der bis jetzt sowjetukrainischer Präsident war.

In Aroakien sind dem oppositionellen Block nicht nur alle öffent-lichen Versammlungen verboten, sondern es sollen auch die poli-tischen Vereine, die Agitation betreiben, aufgelöst werden. Der Kronenführer Raditsch steht unter polizeilicher Aufsicht und wird an Propaganda verhindert.

# Wirtschaft

## Stinnes als Bankier.

Bieder steht eine neue große Erwerbung des Stinnes-Konzerns im Mittelpunkt des Interesses. Es handelt sich um die Ausbreitung der Bankinteressen. Den ersten Schritt nach dieser Richtung tat Stinnes mit der Erwerbung von ungefähr einem Drittel der Aktien der Berliner Handelsgesellschaft. Sicherlich ist die deutliche Absicht vorhanden, die vielfältigen Industrie- und Handelsbeziehungen des Konzerns, die auf schwer übersehbaren Wegen in-ländisch und ausländisch verlaufen, fin anzuzueh besser zu-sammenzufassen; so hat jetzt Stinnes einen weiteren Schritt getan, der Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer u. Co. wird Stinnes-Bank. Er erhöht das Aktienkapital von 1000 auf 1250 Millionen Mark und überläßt hiervon 200 Millionen neue Aktien Hugo Stinnes. Diese Kapitalerhöhung zum Zwecke der Verbindung mit den Stinnes-Interessen werden nicht der einzige Aktienbesitz des Barmer Bankvereins im Stinnes-Konzern sein, vielmehr hat die ausge-sprochene Absicht in den Aktien des Barmer Bankvereins der letzten Wochen gezeigt, daß große Käufe vor sich gehen. Die Aktien stiegen vom 10. Juni bis zum 29. Juni, also in drei Wochen, von 15 500 auf 195 000 Proz.; der Kurs hat sich in der kurzen Zeit also verdreifacht. Es handelt sich demnach um den systematischen Kauf der Aktien am freien Markt. Die Erwerbung hat Stinnes viele Hundert Milliarden gekostet und bei einem so läßt rechnenden Kaufmann läßt das darauf schließen, daß er sich von dem Einfluß auf den Barmer Bankverein viel für seine Unternehmen verspricht.

Der Barmer Bankverein ist die größte deutsche Provinz-Großbank. Er hat 133 Filialen und Agenten hauptsächlich in Rheinland und Westfalen. Er ist eine ausgesprochene Emissions- und Finanzierungsbank für die Klein- und Textilindustrie. Er ist freundschaftlich verbunden mit dem größten sächsischen Institut, der Allgemeinen Deutschen Kreditbank in Leipzig, und dem größten bayerischen, der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank in München. Der Stinnes-Einfluß wird damit sich auf die größten anderen Provinzbanken erstrecken und neben der Zentrali-sation seiner Interessen im Ruhrgebiet, in Hamburg, in Berlin, im mitteldeutschen Draufschloßgebiet wird das neue Interesses nach sich ziehen. Das wird auch bis zu einem gewissen Grade dazu führen, daß die eigenbrötlerischen Wirtschaftstendenzen der einzelnen Länder Deutschlands wenn auch nicht ausgeschlossen, so doch ge-schwächt werden.

Darüber hinaus lehnt sich der Barmer Bankverein aber auch an ausländische Bankunternehmen an. Er hat Beziehungen zu dem Bankhaus van der Gucht — Kersten & Söhne in Eberfeld und zu deren Filiale in Amsterdam.

Die Frage interessiert natürlich am meisten, was Stinnes mit dieser Erwerbung will.

Ein Blick in die Werkstatt des Stinnes-Konzerns lehrt, daß man gegenwärtig daran ist, in die vielfältigen Interessen Ord-nung zu bringen. Die gleichartigen Unternehmungen werden, wenn auch nicht in enger Bindung, aber doch organisatorisch horizontal zusammengefaßt. Man geht daran, die Werte zu ordnen und hierbei wird sich wahrscheinlich heraus-gestellt haben, daß die finanztechnischen Aufgaben des Konzerns so groß geworden sind, daß die eigenen Tochtergesellschaften den An-sprüchen nicht gewachsen sind. Es ist zwar ganz klar, daß in der großen Hugo-Stinnes-G. m. b. H. die Finanzabteilung ähnliche Aufgaben erledigt wie eine Bank: es ist eine Art Eigenbank. Die Verhandlungen im Markt-Unternehmensausfluß und die Ver-rechnungen der Direktoren des Stinnes-Konzerns haben ja einen tiefen Einblick nach dieser Richtung gegeben. Trotzdem scheint das nicht mehr auszureichen. Die in ungeheuren Zahlen sich ab-spielenden Geld-, Berechnungs- und Emissionsaufgaben müssen auf breiterer Basis ruhen.

Wenn auch Stinnes nach den offiziellen Äußerungen der Stinneschen Presse verhältnismäßig wenig besorgt ist um dem Markt-Unternehmensausfluß herauskam, so wird doch sein Eindruck sein, daß die Verhandlung einen besseren Blick in die Werkstatt der Stinnes-Interessen hat tun lassen, als das nach den verdunkelnden Absichten des Inspektors dienlich ist. Die Devisenläufe der Hugo-Stinnes-G. m. b. H. können nur erfolgen im Auftrag dieser Firma. Die Devisenläufe des Barmer Bankvereins aber können bei den engen Beziehungen dieses Instituts zur Textil-industrie Rheinlands und Westfalens, vor allem zu den ganzen Unternehmungen im Wuppertal leichter beschleiert werden. Stinnes scheint mit dem Einfluß auf den Barmer Bankverein zu erwarten, daß dieses Institut seine Interessen wahrnimmt in einer Form oder auf Gebieten, auf denen seine bisherigen Einrichtungen verlag haben. Es darf deshalb wohl in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß eine schärfere Devisenkontrolle sich auch auf die Bank-institute erstrecken muß; sonst könnte man bald schlechte Erfahrungen machen. Auf zwei prinzipielle Fragen ist noch hinzuweisen:

Woher hat Stinnes immer und immer wieder das Geld zu solchen kostspieligen Erwerbungen? Man ist im Kreise der Eingeweihten sich darüber klar, daß seit der Ruhr-befreiung die ungeheure Rohleneinfuhr aus England, die ja im wesentlichen von der Firma Hugo Stinnes G. m. b. H. durch-gesührt wurde, Riesengewinne brachte. Das schafft ihm auch bei der Preisfestlegung der Kartelle Ubergewinne, die sich in der letzten Zeit sichtbar (und in ebenso vielen Fällen unsichtbar) in neuen Erwerbungen ausgedrückt haben. Zweitens aber ist diese Erwerbung des Barmer Bankvereins symptomatisch für das Verhältnis zwischen Industrie- und Bankkapital. Die Industrie löst sich von der Herrschaft der Banken ab. Sie war bisher schon in vielen Fällen unabhängig von den Banken und beginnt jetzt im Falle des Stinnes-Konzerns sich die Banken unterzuordnen.

Zunächst sind die Erwerbungen des großen Rommungskonzerns ein Zeichen der Stärke. Aber vielleicht weisen sie auch in eine spätere Zeit (um allen Eventualitäten gewachsen zu sein), und man sieht die Schwierigkeit des Finanzierungsgeschäfts für Zeiten vor-aus, in denen wir wieder normale Währungsverhältnisse haben. Auf alle Fälle aber wächst die Bedeutung des Industriekapitals gegenüber dem Bankkapital. Der von Antisemiten und National-sozialisten konstruierte Gegensatz zwischen dem „Schaffenden“ und dem „raffenden“ Kapital ist zum mindesten nicht mehr zeitgemäß. Herr Stinnes hat die bemerkenswerte Synthese aus schaffendem und raffendem Kapital hergestellt. Das trifft nicht nur organisatorisch zu, sondern auch in seinen persönlichen Ver-haltungen; die Freundschaft des Kohlenherrs aus Westfalen mit dem Effektenhändler Cassigioni ist ein Ausdruck dafür.

Dr. Robert Einstein.

Die Eisenpreise marschieren bei der allgemeinen Teuerung weiter an der Spitze. Kohlen wurde soeben wieder um etwa ein Drittel, Stabeisen um 17,45 Proz. im Preis erhöht. 1 Kilogramm Rohisen (I und III) kostet demnach 4787 M., ein Gramm also fast 5 M. Die eisernen Fünf- und Zehnpennigstücke beginnen damit Hoch-valuta zu werden. 1 Kilogramm Stabeisen (Thomasqualität) kostet seit 13. Juli 8600 M.

Devisenkurse. Da in einem Teil unserer Abendausgabe infolge des späten Eintreffens der amtlichen Notierungen die Kurs-tafel fehlt, seien die gestrigen Mittelkurse der hauptsächlichsten nachstehend wiederholt: 1 Dollar 187 000; 1 holl. Gulden 73 000; 1 Pfund Sterling 880 000. Im übrigen ist noch nachzutragen: 100 österr. Kronen 266,33 Geld, 267,67 Brief; 1 tschechische Krone 5665,50 Geld, 5694,50 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 1955 Geld, 1965 Brief.











